

DORFFEST DES BÜNDNISSES HEIMAT UND ZUKUNFT/BRANDENBURG

Horno ist das letzte Dorf, das für die Braunkohle weichen muss, versprach einst Manfred Stolpe. Jetzt will Matthias Platzeck auch noch Teile von Welzow sowie Proschim, Grabko, Kerkwitz und Atterwasch wegbaggern lassen. Mit den Dörfern verschwinden Jahrhunderte alte Kulturlandschaften, zurück bleiben riesige Krater und ein massiv geschädigter Wasserhaushalt. Für die „innovative Technologie“ CCS soll der Abbau der Braunkohle noch weiter beschleunigt werden. Denn das „klimafreundliche Kohlekraftwerk“ benötigt rund ein Drittel mehr Brennstoff, um Kohlendioxid abzuscheiden, wegzupumpen und mit Hochdruck unter die Erde zu pressen. Wie es sich dort verhält, sollen zwei „Pilotprojekte“ unter Beeskow und Neutrebbin erforschen. Schlägt der Versuch fehl – was sich auch erst Jahrzehnte später herausstellen kann – sind große fruchtbare Landstriche im Osten Brandenburgs dauerhaft verseucht. Bei diesen Aussichten ist es verständlich, dass immer mehr Menschen die Braunkohleverstromung kritisch hinterfragen.

Wir meinen: Die einseitige Fixierung auf Braunkohle hat Brandenburgs Energiepolitik in eine Sackgasse geführt. Insbesondere CCS ist mit rationalen Argumenten nicht nachzuvollziehen. Selbst wenn die ökonomisch wie ökologisch widersinnige Erhöhung des Brennstoffbedarfs kein Problem wäre, stellt sich die Frage, warum man diesen komplizierten Beitrag zur Rettung des Weltklimas ausgerechnet in einer der wenigen dicht besiedelten, landwirtschaftlich nutzbaren Gegenden der Erde ausprobieren muss. Aber auch die bevorstehenden Umsiedlungen und Enteignungen sowie die Abwertung ganzer Regionen als Tagebau- bzw. Deponielandschaften lassen sich in solcher Größenordnung schwerlich als Beitrag für das Allgemeinwohl rechtfertigen. Kein verantwortlich denkender Politiker darf Teile Brandenburgs und seiner Bewohner abschreiben. Wir möchten deshalb eine breite Diskussion über die künftige Energiepolitik unseres Landes anstoßen und stellen dafür folgende Forderungen:

1. Neuausrichtung der energiepolitischen Ziele unter Einbeziehung des tatsächlichen Bedarfs, vorhandener Potentiale zum Energiesparen und zur Steigerung der Energieeffizienz sowie neuester wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse.
2. Förderung der erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme in dezentralen mittelständischen Strukturen unter Rahmenbedingungen, die Wildwuchs vermeiden und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.
3. Verbindlicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, keine Genehmigung von neuen Tagebauen, angemessener Abstand der bereits genehmigten Tagebaue zu den Dörfern, Verzicht auf CCS und Einstellung aller vorbereitenden Untersuchungen.

DORFFEST GEGEN DIE ABBAGGERUNG: NEUE BRAUNKOHLE-TAGEBAUE SIND POLITIK VON GESTERN

Atterwasch 31. Oktober 2012: Menschen aus allen Teilen Brandenburgs haben heute in Atterwasch im Landkreis Spree-Neiße gegen neue Braunkohle-Tagebaue protestiert. Auf einem »Dorffest für Heimat und Zukunft«, das von Kirchengemeinde, Feuerwehr und Landwirtschaftsbetrieben ausgerichtet wurde, sprachen sich Politiker und Wirtschaftsvertreter mehr als 350 Teilnehmern gegen die Pläne der Landesregierung aus, Atterwasch und fünf weitere Dörfer abzubaggern.

»Wenn wir die Energiewende wollen, darf die Braunkohleverstromung nicht über das Jahr 2035 hinaus verlängert werden«, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn auf der Kundgebung: »Die Rekultivierung ist ein Märchen, die nachhaltige Zerstörung ganzer Landstriche ist real. Für die Bewohner der betroffenen Dörfer fängt der Horror schon mit der Planung an.«

Aktualisiert (Mittwoch, den 31. Oktober 2012 um 18:20 Uhr)